III

(Bekanntmachungen)

KOMMISSION

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Bezuschussung von Seminaren, Konferenzen und anderen Veranstaltungen im Bereich der Beschäftigung und des Arbeitsmarkts — VP/1999/012

(1999/C 223/13)

Am 23. Februar 1998 hat der Rat einen neuen Rechtsrahmen für Gemeinschaftstätigkeiten in bezug auf Analyse, Forschung und Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Beschäftigung und des Arbeitsmarkts beschlossen. Mit diesem Beschluß wurde eine neue Haushaltslinie B5-5020 für den Zeitraum 1998—2000 geschaffen. Die vorliegende Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen umfaßt Zuschüsse für das Jahr 1999. Der Ratsbeschluß zielt auf die Entwicklung eines einheitlichen Ansatzes zur Neuorientierung und Rationalisierung der Gemeinschaftstätigkeit in diesem Bereich ab. Die Ziele dieses Ansatzes sind in dem Arbeitsprogramm 1999 dargelegt, wobei der aktiven Politik zur Verbreitung der Ergebnisse eine Schlüsselrolle zukommt. Das wichtigste Instrument, um dies zu verwirklichen, ist die finanzielle Unterstützung von Seminaren, Konferenzen und ähnlichen Veranstaltungen, die der Verbreitung der Ergebnisse der ergriffenen Initiativen dienen.

Das Arbeitsprogramm 1999 setzt den Ratsbeschluß in Bezug zu dem umfassenderen Rahmen der Beschäftigungsstrategie und des Luxemburger Prozesses. Daher sind die Ziele dieses Aufrufs zu Vorschlägen eng mit den Prinzipien und Absichten verbunden, die in der Entschließung des Rates zu den beschäftigungspolitischen Leitlinien für 1999 dargelegt sind.

Nichtstaatliche Organisationen ohne Erwerbscharakter, die ihren Sitz in einem bzw. mehreren Mitgliedstaat(en) der Europäischen Union oder der Europäischen Freihandelszone haben, sind aufgefordert, Vorschläge zu unterbreiten. An der Maßnahme, für die der Zuschußantrag gestellt wird, müssen Einrichtungen/Partner aus mindestens drei Mitgliedstaaten beteiligt sein.

Die Bewilligung des Zuschusses geschieht nach Prüfung der folgenden, vom Bewerber einzureichenden Unterlagen: Gesellschaftssatzung; Vorjahresbilanz; ausführliches Programm und detaillierter Finanzplan für alle Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt bzw. der Maßnahme, das/die bezuschußt werden soll; Überblick über die Erfahrungen des Bewerbers in den einschlägigen Bereichen.

Vorrang erhalten Maßnahmen zu folgenden Themen:

- Sektoren der EU-Volkswirtschaften, die ein starkes Beschäftigungswachstum verzeichnen, sowie beschäftigungsfördernde Rahmenbedingungen und Strategien;
- Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Integration über die EU hinaus auf die Beschäftigung sowie auf beschäftigungspolitische Maßnahmen und Optionen;

- Beschäftigungsmöglichkeiten für besonders gefährdete Gruppen, insbesondere Arbeitsmarktprobleme bei Niedriglohngruppen, Arbeitslosigkeit von geringqualifizierten Personen, Einkommensungleichheiten und anderen Benachteiligungen, mit Schwerpunkt auf der nachhaltigen Verbesserung der Beschäftigungssituation;
- Erfahrungsaustausch über empirische Arbeiten zu Arbeitsmarktproblemen, insbesondere Evaluierung von Strategien mittels Längsschnittanalysen.

Insgesamt stehen 1 200 000 EUR zur Verfügung. Es wird mit 10 bis 20 Zuschußempfängern gerechnet (in diesem Fall würde sich die durchschnittliche Beihilfe auf 60 000 EUR bis 120 000 EUR belaufen). Die Gesamtausgaben für die vorgeschlagene Maßnahme sollten mindestens 50 000 EUR betragen. Der Zuschuß wird auf jeden Fall nicht unter 30 000 EUR bzw. über 300 000 EUR liegen. Keinesfalls wird der Zuschuß 75 % der beihilfefähigen Kosten übersteigen.

Ausführliche Informationen zu dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen (vollständiger Text des Aufrufs zu Vorschlägen, Antragsformular sowie „Verdingungsordnung — Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Leistungen“) sind erhältlich

1. auf schriftliche Anfrage bei:
Europäische Kommission,
Generaldirektion V.A.1,
VP/1999/012
Rue de la Loi/Wetstraat 200
B-1049 Brüssel;
2. per Telefax unter der Nummer: **(32-2) 299 45 71** (bitte Bezugsnr. VP/1999/012 angeben);
3. per E-Mail unter der Adresse:
vp-1999-012@bxl.dg5.cec.be;
4. durch Herunterladen von der Website der DG V:
http://www.europa.eu.int/comm/dg05/index_de.htm

Das Formular ist zusammen mit allen Bewerbungsunterlagen in dreifacher Ausfertigung bis zum 1. Oktober 1999 per Einschreiben an die Anschrift zu senden, die im vollständigen Text der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen genannt ist (maßgebend ist das Datum des Poststempels).